

# Inhaltsverzeichnis

Zeichen- und Abkürzungsverzeichnis	13
A. Einleitung · Gegenstand der Untersuchung	23
B. Hintergründe: Generalprävention, Gewinnabschöpfung und Rechtsstaatlichkeit	26
I. Generalprävention als Strafzweck	26
II. Generalprävention als Zweck der Gewinnabschöpfung	26
III. (Gescheiterte) Versuche erleichterter Gewinnabschöpfung: Vermögensstrafe und erweiterter Verfall	28
1. Die Verfassungswidrigkeit der Vermögensstrafe	29
2. Die (partielle) Verfassungswidrigkeit des erweiterten Verfalls	30
C. (Weitere) Instrumente verurteilungsunabhängiger Tatertragskonfiskation	33
I. Straftatbestand der (mutmaßlich) unerlaubten Bereicherung	33
II. Non-conviction-based forfeiture/confiscation	34
D. Legitimität der Normarchitektur der erweiterten selbständigen Tatertragsentziehung gem. § 76a IV StGB	37
I. Selbständigkeit des Einziehungsverfahrens	37
II. Erweiterung des Einziehungsverfahrens	39
1. Überblick: Doppelte Erweiterung	39
2. Erste Erweiterung: Fehlender Konnex zwischen (vermuteter) Anlasstat und sichergestelltem Gegenstand	40
a) Strukturanalyse	40
b) Ein epistemologisches Paradox?	41

3.	Zweite Erweiterung: Zulässigkeit einer erweiterten Einziehung unter Verzicht auf die Feststellung einer konkreten Anlasstat?	44
a)	Anlasstat als unverzichtbares Indiz bei der Herrührens-Feststellung?	44
b)	Anlasstat als Verhältnismäßigkeits-Garant?	46
III.	Wahrung der (Eigentums-)Rechte von Herkunftstat-Opfern	48
1.	Problemaufriss	48
2.	Problemlösung bei erweitertem Verfall (§ 73d StGB a.F.) und erweiterter Tatertragseinziehung (§ 73a StGB)	48
3.	Fehlen einer Entschädigungsmöglichkeit de lege lata	49
4.	(Behelfs-)Lösung: § 459h StPO analog	50
5.	Fazit zur Opferentschädigung	52
IV.	Zwischenergebnis	52
E.	§ 437 StPO – oder: Die Gretchenfrage nach der Zulässigkeit von Beweiserleichterungen im Vermögensabschöpfungsrecht	53
I.	Hintergrund: Praxistauglichkeit und Beweiserleichterung	53
II.	Intendierte Beweiserleichterung bei § 76a IV StGB durch § 437 StPO?	54
1.	Beweismaßabsenkung	55
2.	Geltung des Beibringungsgrundsatzes	57
3.	Zwischenergebnis · Fortgang der Untersuchung	58
III.	§ 437 StPO und die generelle (verfassungsrechtliche) Zulässigkeit von Beweiserleichterungen	59
1.	Verstoß gegen das Schuldprinzip?	60
a)	Theoretischer Hintergrund	60
b)	Kriterien zur Feststellung von Pönalität	61
aa)	Polizeiliches Gefahrenabwehrrecht?	62
α)	Gefahrenabwehrrecht und Beweiserleichterungen	62
β)	Normzweck „Verhinderung von Straftatfinanzierungen“?	63
χ)	Generalprävention = Gefahrenabwehr?	64
bb)	Zivilrechtliche (Quasi-)Kondiktion?	65
α)	Der Grund für die Geltung des Schuldprinzips im Strafrecht	66

β)	Konsequenz der Nichtgeltung des Schuldprinzips im Zivilrecht: Beweiserleichterungsmöglichkeiten	67
χ)	Ist die Tatertragseinziehung materielles Zivilrecht?	68
cc)	Strafähnliche Sanktion?	71
α)	Begriff des Strafübels	72
β)	Erweiterte Einziehung als sozioethischer Tadel?	73
χ)	Brutto-Abschöpfung?	73
αα)	Straftheoretischer Hintergrund	73
ββ)	Impliziert das Merkmal „herrühren“ eine pönale Brutto-Abschöpfung?	75
χχ)	Lösungsansätze	76
c)	Zwischenfazit zum Schuldprinzip	79
d)	Exkurs: Weitere Konsequenzen der Verneinung von Strafmöglichkeit · Folgeprobleme der Gegenansicht	80
aa)	Rückwirkungsproblematik	80
α)	Rückwirkungsverbot in Bezug auf die Maßnahme an sich · Art. 7 I EMRK	81
β)	Rückwirkungsverbot in Bezug auf die Herkunftstat?	84
χ)	Ergebnis zum Rückwirkungsverbot	85
bb)	Unzulässige Doppelbestrafung bzw. -abschöpfung?	85
α)	Grundproblem: Fehlen einer klaren materiell-rechtlichen Lösung	86
β)	Lösung über den ne bis in idem-Grundsatz	87
χ)	Alternative: Lösung innerhalb des Vermögensabschöpfungsrechts	89
cc)	Unionsrecht und Identitätsvorbehalt	90
2.	Verstoß gegen die Eigentumsgarantie?	91
a)	Ausgangslage und Problemstellung	91
b)	BVerfG, Beschluss vom 14.06.2004 – 2 BvR 1136/03	93
c)	BVerfGE 105, 135	96
d)	Zwischenfazit zur Eigentumsgarantie	98
3.	Ergebnis zur verfassungsmäßigen Zulässigkeit von Beweiserleichterungen	98

IV. Die beweisdogmatische Einordnung des § 437 StPO (und einige Folgeprobleme)	99
1. Dogmatische Möglichkeiten der Beweiserleichterung	99
a) Materiell-rechtliche Beweiserleichterung?	100
aa) Lösung von Beweisproblemen durch materielle Verselbständigung von Indizien	101
bb) Materiell-rechtliche Beweismaßabsenkung?	102
b) Gesetzliche Beweisregel?	103
c) Anscheinsbeweis?	106
aa) Einordnung des Anscheinsbeweises im Zivil- und Verwaltungsprozessrecht	107
bb) Normiert § 437 StPO eine Anscheinsbeweismöglichkeit?	110
cc) Zulässigkeit des normativen Anscheinsbeweises?	114
d) Veränderung der Darlegungs- und Beweislast?	116
aa) Die Intention des Gesetzgebers	116
bb) Würdigung der Kritik	117
α) Kompatibilität von StPO und Beibringungsgrundsatz?	118
β) Verstoß gegen das Prinzip der Selbstbelastungsfreiheit?	119
cc) Hinreichender Niederschlag im Gesetzeswortlaut?	120
α) Auslegungsgrundsätze · Gebot der Normenwahrheit und -klarheit	121
β) Erfüllt der Wortlaut des § 437 StPO die Anforderungen der Normenklarheit?	123
2. Ergebnis zu § 437 StPO	124
V. Gesamtergebnis zur Frage der Beweiserleichterung	125
F. Zusammenfassung der Ergebnisse	126
I. Gesamtübersicht	126
II. Selbständigkeit des Einziehungsverfahrens	126
III. Doppelte Erweiterung des Einziehungsverfahrens	127
1. Kein Konnex zwischen Anlass- und Herkunftstat	127
2. Verzicht auf die Feststellung einer konkreten Anlasstat	128
IV. Wahrung der Opferrechte	128

V. Beweiserleichterungen bei der Tatertragseinziehung	129
1. Keine Verletzung des Schuldprinzips	129
a) Einordnung der Maßnahme als generalpräventive Sanktion eigener Art · Kein Strafübel	130
b) Dogmatische Konsequenzen (ne bis in idem · Rückwirkungsverbot)	131
2. Beweiserleichterung keine Verletzung der Eigentumsgarantie	131
3. Regelungsgehalt von § 437 StPO	132
a) (Normativer) Anscheinsbeweis	132
b) Verschiebung der Darlegungslast · Geltung der Verhandlungsmaxime?	133
Literaturverzeichnis	135
Sachregister	147